

EE1 Regionale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien: Ein Schlüssel zu wirtschaftlicher Stärke und sozialer Gerechtigkeit

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 18.09.2024

Tagesordnungspunkt: 5. Regionale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien

Antragstext

1 Der 24. Februar 2022, der Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine,
2 markiert auch ökonomisch eine Zeitenwende. Obwohl das Ende der Verbrennung
3 fossiler Energien bereits vor diesem Datum gesetzlich verankert war, führte das
4 plötzliche Wegbrechen günstiger russischer Gaslieferungen zu einer schweren
5 Energiekrise. Diese Krise war geprägt von massiven Unsicherheiten, zeitweise
6 deutlich höheren Energiepreisen, hoher Inflation und erheblichen Zinssprüngen an
7 den Kapitalmärkten. Für die große Mehrheit der Bürger*innen und unsere
8 Wirtschaft bedeutete dies einen heftigen Einschnitt .

9 Aus der Energiekrise ist eine Wirtschaftskrise entstanden. Deutlicher als in den
10 letzten gut zwei Jahren kann die herausragende Bedeutung der Energieversorgung
11 und die Art der Bereitstellungsweise für unsere Volkswirtschaft, aber auch für
12 den sozialen Frieden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, kaum sichtbar
13 werden. Der vollständige Umbau unserer Energieversorgung hin zu erneuerbaren
14 Energien (Energiewende) ist daher nicht nur aus Klimaschutzgründen, sondern auch
15 aus ökonomischen und sozialen Gründen alternativlos.

16 Der Erfolg und die Akzeptanz dieser Energiewende werden vor allem vor Ort, in
17 den Kommunen, entschieden. Dafür sind regionale Wertschöpfungsketten von
18 zentraler Bedeutung. Sie stärken die Wirtschaftskraft der Kommunen, insbesondere
19 in ländlichen Gebieten. Wir Grüne unterstützen die regionale Beteiligung der
20 Kommunen an der Wertschöpfung durch regionale Erneuerbare-Energien-Projekte.
21 Durch die aktive Beteiligung an Energieprojekten wie Solarparks,
22 Windkraftanlagen, Wärmenetzen oder grünen Wasserstoffprojekten können Kommunen
23 und Bürger*innen eine zentrale Rolle in der Energiewende und bei der
24 nachhaltigen Entwicklung ihrer Region übernehmen.

25 Regional, preisgünstig und nachhaltig

26 Niedersachsen ist das Land der Erneuerbaren Energien. 2023 wurde in
27 Niedersachsen erstmals mehr Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt als
28 insgesamt verbraucht (100,6 %). Und wir wollen noch mehr Strom aus Sonne und
29 Wind für die Elektromobilität, Wärmewende und für die allgemeine Senkung der
30 Strompreise. Denn die Erneuerbaren Energien sind die Preissenker beim Strom
31 gegenüber den dreckigen Kohlekraftwerken, teuren Gaskraftwerken oder den
32 Ölheizungen. Die Investitionen vor allem in Windkraft- und Solaranlagen, sowie
33 deren Betrieb und Wartung haben im vergangenen Jahr direkt knapp 70 Mrd. € zu
34 unserer Wirtschaftsleistung beigetragen. Davon profitieren vor allem ländliche
35 Räume: Auf rund 1,1 Mrd. € beziffert das Beratungsunternehmen Deutsche Windguard
36 die regionale Wertschöpfung durch den Ausbau der Windenergie allein im Landkreis
37 Rotenburg. Die Ansiedlung des Batterieherstellers Northvolt bei Heide, das
38 Offshore-Industriezentrum in Cuxhaven, die H2-Region Emsland, das Salcos-
39 Programm der Salzgitter AG zur Erzeugung klimaneutralen Stahls und die geplante
40 GigaWatt-Solarfabrik in Wilhelmshaven sind Beispiele dafür: Wo die Energiewende

41 vorangetrieben wird, entstehen dauerhaft gute Arbeitsplätze. Das zeigt:
42 Erneuerbare sind Motor der regionalen Entwicklung.

43 Die regionale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien bringt weitreichende
44 positive Effekte für die Kommunen vor Ort. Auch preislich sind die Erneuerbaren
45 Energien inzwischen ganz weit vorne: Nach Angaben des Fraunhofer ISE sind
46 Onshore-Windenergieanlagen mit Kosten von 4,3 bis 6,9 €Cent/kWh und Freiflächen-
47 PV-Anlagen mit Kosten von 4,1 bis 9,2 €Cent/kWh die kostengünstigsten unter
48 allen Kraftwerkstypen. Andererseits liegen Kohlekraftwerke mit etwa 20 Cent/kWh
49 mehr als doppelt so hoch. Jede neue Windkraftanlage, jeder neue Solarpark ist
50 deshalb nicht zuletzt ein wichtiger Beitrag zur Senkung unserer Energiekosten.
51 Durch die Gewinnung „vor der Haustür“ entstehen vielfach auch Arbeitsplätze im
52 Ort und die lokale Wirtschaft wird gestärkt.

53 Zudem bedeutet der Ausbau der Erneuerbaren Energien eine breite Beteiligung der
54 Bürger*innen und der kleinen und mittelständischen Unternehmen an den Gewinnen:
55 Während die Kohle- und Gaskraftwerke in der Hand weniger Konzerne sind, weisen
56 die erneuerbaren Energien eine breite Eigentümer*innen-Struktur auf: Deutlich
57 über die Hälfte der Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen befinden sich im
58 Eigentum von Privatleuten, Landwirt*innen oder örtlichen Gewerbebetrieben. Die
59 großen Energieversorger, die den konventionellen Markt fast vollständig unter
60 sich aufgeteilt haben, spielen mit knapp 6% als Eigentümer*innen von Anlagen zur
61 Erzeugung erneuerbaren Stroms kaum eine Rolle. Die regionale Wertschöpfung durch
62 Erneuerbare Energien stellt sicher, dass ihre Vorteile nicht nur großen
63 Energiekonzernen zugutekommen, sondern auch lokalen Energieunternehmen und der
64 lokalen Bevölkerung. Dies fördert soziale Gerechtigkeit und trägt zu einer
65 faireren Verteilung der Gewinne bei.

66 Mit dem Niedersächsischen Windenergieflächenbedarfsgesetzes (NWindG) weisen wir
67 nicht nur mindestens 2,2 Prozent der Landesfläche für die Windenergie aus,
68 sondern schaffen durch die Akzeptanzabgabe von 0,2 Cent/kWh für Wind- und
69 Freiflächen-Solarenergie eine regelmäßige Einnahme und Wertschöpfung in den
70 Kommunen, die für Naturschutz, soziale Zwecke oder Kultur ausgegeben werden
71 kann. Das sind ca. 30.000 Euro pro Windrad und Jahr für die Kommunen. Mit 20 %
72 Anteil der EE-Anlagen in Bürger*innenhand, etwa über
73 Bürgerenergiegenossenschaften, oder einer direkten Ausschüttung an die
74 Nachbarschaft der Anlagen von weiteren 0,1 Cent/kWh durch niedrige Strompreise
75 oder Energiegeld pro Kopf schaffen wir reale Gewinne für die Menschen an den
76 Orten wo die Erneuerbaren Energien gewonnen werden.

77 Wir Grüne setzen uns für eine starke kommunale oder bürgerschaftliche
78 Beteiligung in Form von Bürgerenergiegenossenschaften an der Energiewende ein.
79 Und wir wollen, dass die Einnahmen durch Erneuerbare Energien transparent für
80 soziale, ökologische oder kulturelle Investitionen vor Ort verwendet werden.

81 Allein im Jahr 2022 beliefen sich die Kosten für Stabilisierungs-Maßnahmen des
82 Stromnetzes (Redispatch) auf rund 4 Milliarden Euro. Anstatt Windkraftanlagen
83 bei Netzengpässen stillzulegen (Abregelung), könnten lokale Elektrolyseure den
84 regionalen überschüssigen Strom aufnehmen und in grünen Wasserstoff vor Ort
85 umwandeln. Dadurch werden die Netzengpässen bewältigt, Redispatch-Kosten
86 vermieden und die regionale Wertschöpfung gestärkt. Auch wollen wir das
87 vergünstigte Nutzen überschüssiger Erneuerbare Energien statt Abregeln etwa
88 durch günstige Strompreise und Netzentgelte fördern.

89 Strompreiszonen ermöglichen

90 Bisher haben wir eine paradoxe Situation: Wo besonders viel preisgünstiger Strom
91 aus Wind und Sonne produziert wird, ist er für die meisten Verbraucher*innen
92 besonders teuer, weil sie überdurchschnittliche Netzentgelte bezahlen müssen.
93 Das wollen und müssen wir dringend ändern: Um die Industrie wettbewerbsfähiger
94 zu machen und gleichzeitig den Übergang zur Klimaneutralität zu ermöglichen,
95 müssen die Strompreise nicht nur zeitlich variieren, sondern auch räumlich
96 differenziert gestaltet werden. Regionale Stromerzeugung und damit die Übernahme
97 von Verantwortung für die Energiesicherheit muss sich lohnen. Auch
98 netzdienliches Verhalten, also die Nutzung von Strom insbesondere in
99 Überschusszeiten und die Einbindung von Speichern zur Entlastung der Netze, muss
100 sich lohnen. Ein erster Schritt ist die von der Bundesnetzagentur erfolgte
101 Senkung der Netzentgelte in Regionen mit vielen Erneuerbaren Energien. Eine
102 logische Weiterentwicklung der Regeln des Strommarktes wäre es, Unternehmen zu
103 entlasten, die ihren Energiebedarf (teilweise) selbst decken bzw. durch
104 Lastverschiebung den zur Verfügung stehenden Mengen anpassen können. Etwa indem
105 sie Speicher einsetzen oder Anlagen variabel betreiben.

106 Bürgerbeteiligung an regionaler Wertschöpfung

107 Der entscheidende Faktor für den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien ist
108 ihre Unterstützung vor Ort: Wenn es für einen Landrat oder eine
109 Samtgemeindebürgermeisterin Priorität hat, der Kreistag zügig Flächen ausweist
110 usw. Deshalb ist das von uns Grünen vorangetriebene Beteiligungsgesetz, das die
111 Anlagenbetreiber*innen veranlasst, die Bürger*innen vor Ort und ihre Kommunen zu
112 beteiligen, ein entscheidender Schlüssel zum Erfolg. Nicht nur beim Ausbau der
113 erneuerbaren Energien, sondern auch in unserem Bestreben, die ländlichen Räume
114 in besonderer Weise zu fördern.

115 Regionale Ausbildung der Fachkräfte

116 Der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft und einer auf erneuerbare
117 Energien bzw. auf die Nutzung von Wasserstoff basierten Industrie, kann nur mit
118 einer Vielzahl gut ausgebildeter Fachkräfte gelingen. Aktuell stehen Fachkräfte
119 jedoch noch nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung und die Ausbildungsstellen
120 und Angebote sind noch regional ausbaufähig. Wir begrüßen daher sehr die
121 Fachkräfteoffensive des Energieministeriums zusammen mit dem Handwerk, den
122 IHKen, den Forschungseinrichtungen, den Hochschulen und den berufsbildenden
123 Schulen zu den Energie- und Klimaschutzberufen. Allein im Bereich der
124 Windenergie, bei Wärmepumpen, Elektromobilität und des Ausbaus der Solarenergie
125 werden Zehntausende neue Arbeitsplätze in Niedersachsen entstehen.

126 Wirtschafts- und Standortpolitik muss Klima- und Energie-Potenziale heben

127 Die Ansiedlung neuer Startups und von Industriebetrieben, der Aus- und Umbau
128 bereits erfolgreicher Unternehmen und die Entscheidung gut aufgestellte Firmen
129 dem Unternehmensstandort Niedersachsen treu zu bleiben, sind Ergebnis einer
130 zielgerichteten Standortpolitik. Die USA haben mit einem kraftvollen
131 Investitionsprogramm für klimaneutralen Wohlstand vorgemacht, wie es geht.
132 Gleichzeitig strebt die US-Administration mit ihren Subventionen aber auch die
133 internationale Technologieführerschaft auf dem wichtigen Zukunftsfeld der
134 Klimatechnologie an, blockiert Importe und zielt klar darauf ab, ausländische
135 Unternehmen mit Subventionen anzulocken und ihren Standort in die USA zu

136 verlagern. Ähnlich agiert China: Obwohl die Subventionierung der
137 Solaranlagenhersteller dort den Ausbau der Photovoltaik bei uns klar
138 beschleunigt, obwohl die staatliche Unterstützung chinesischer E-Auto-Hersteller
139 auch bei uns zu günstigeren Preisen führt, können Deutschland und die EU diesen
140 unfairen Handelspraktiken nicht tatenlos zusehen. Wir müssen endlich mit
141 gezielter Industriepolitik kraftvoll dafür sorgen, klimaneutrales Wirtschaften
142 mit den entsprechenden Technologien und Innovationen auch bei uns attraktiver zu
143 machen. Mit dem Fetisch der Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form, die aktuell
144 eine kraftvolle Industriepolitik verhindert, verbauen wir der Wirtschaft
145 wichtige Zukunftschancen und würgen die erforderlichen Umbauprozesse ab. Die
146 Konkurrenz vor allem aus China und den USA nutzt das politische Schleudertrauma
147 unserer Automobilwirtschaft gerne zum kraftvollen Überholmanöver. Damit muss
148 endlich Schluss sein.

149 Wir unterstützen daher die aktiven Bemühungen und zielgerichteten Förderungen
150 zur Stärkung der Wärmepumpenproduktion und Windenergieanlagenproduktion in
151 Niedersachsen. Das Land ist weiter bereit in Zusammenarbeit mit dem
152 Internationalen Solarforschungsinstitut in Hameln eine große PV-Produktion mit
153 bis 2000 neuen Industriearbeitsplätzen nach Niedersachsen zu holen. Wir wollen
154 besonders umweltfreundliche und innovative Solarzellen Made in Niedersachsen
155 statt Made in China.

156 Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gelingt in einem global
157 vernetzten Markt nur ohne Abschottung und Protektionismus. Über Maßnahmen wir
158 ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz stemmen wir uns dennoch gegen unfaire
159 Bedingungen und verteidigen damit unsere Werte und Qualität. Unser Wohlstand
160 darf nicht auf dem Ausverkauf von Menschenrechten und der schonungslosen
161 Ausbeutung von Ressourcen beruhen. Unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern wir in
162 Europa, Deutschland und Niedersachsen über den Erhalt und Ausbau einer
163 leistungsfähigen Energie-, Daten- und Verkehrsinfrastruktur sowie die Sicherung
164 gut ausgebildeter Fachkräfte und guter Arbeitsbedingungen. Wir sorgen für kurze
165 Genehmigungsfristen und Verlässlichkeit staatlichen Handelns. Hinzu kommen
166 „weiche Standortfaktoren“ wie Kultur, ein von Offenheit und Toleranz geprägter
167 Umgang miteinander, eine gesunde Umwelt, etc. Das wollen wir Grünen
168 sicherstellen. Mit der Task Force Energiewende und dem Klimagesetz haben wir
169 alle für die Transformation der Wirtschaft und den Ausbau der Erneuerbaren
170 Energien sowie der Netze und Speicher erforderlichen Maßnahmen massiv
171 beschleunigt. Bei den Windkraftgenehmigungen sind wir mit 3,5 Monaten bei
172 vollständigen Antragsunterlagen mittlerweile deutlich unter dem Bundesschnitt
173 von neun Monaten. Bei Ausbau Wasserstoffelektrolyseuren und Netzen wie dem
174 SüdLink und dem A-Nord kommen wir endlich voran. Ebenso sind Deutschlands größte
175 Offshore-Windräder vor Niedersachsens Küste kurz vor der Vollendung und ein
176 neues Stromkabel für Erneuerbaren Strom zwischen Wilhelmshaven und
177 Großbritannien ebenfalls im Bau.

178 Jetzt in regionale Energiewende investieren

179 Investitionen in die regionale Energiewende bringen erhebliche Vorteile für
180 Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Vor 20 Jahren hätte man vermutlich nur
181 belächelt, wenn jemand den massiven Ausbau der Wind- und Sonnenenergie nicht nur
182 aus Klimaschutzgründen, sondern auch zur Sicherstellung einer kostengünstigen
183 Energieversorgung gefordert hätte. Heute ist diese Realität längst eingetreten.
184 Kohle, Öl, Gas und Atomkraft sind die teuersten Energiequellen, die heimischen

185 Erneuerbaren die günstigsten. Dies verdeutlicht: Bei der Einführung neuer
186 Technologien, die auf erneuerbare und damit im Grunde kostenlose (und
187 barrierefreie) Ressourcen setzen, sind anfangs staatliche Förder- und
188 Stützungsmaßnahmen erforderlich, um durch Massenproduktion Skaleneffekte zu
189 erzielen. Dies gilt ebenso für E-Autos, industrielle Prozesse auf Basis von
190 Wasserstoff und die Nutzung von Umgebungswärme zur Raumwärmeversorgung. Wir
191 Grünen werden nicht zulassen, dass die Skepsis derjenigen, die an überholten
192 fossilen Geschäftsmodellen festhalten, oder die Lobbyinteressen jener, die ihre
193 veralteten Strukturen möglichst lange bewahren möchten, diese Chancen gefährden
194 und den Markt-Zugang für neue Teilnehmer, wie Bürger*innen, behindern. Für uns
195 ist klar: Investitionen in den Klimaschutz sind nicht nur eine Frage des
196 Überlebens, sondern auch eine ökonomische Notwendigkeit. Die Kommunen spielen
197 dabei eine zentrale Rolle, und deshalb fordern wir geeignete Rahmenbedingungen
198 für die Entwicklungen der regionalen Energieregionen und Wertschöpfungsketten in
199 Niedersachsen, in dem die Kommunen gut in ihrer Region eingebunden sind.

EE2 Nachteilsausgleich für den Ausbau der Offshore Netzanbindungssysteme ONAS

Antragsteller*in: Ulrike Maus (KV Wittmund)

Tagesordnungspunkt: 5. Regionale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien

Antragstext

438 Die ostfriesischen Küstenlandkreise (am stärksten der Landkreis Wittmund) sind
439 von den Leitungskorridoren zur Anbindung der Offshore Anlagen ONAS so massiv
440 beeinträchtigt, dass viele Kommunen fast keine eigenen Planungsmöglichkeiten
441 mehr haben, z.B. für Freiland-PV oder Bahnreaktivering. Zusätzlich wird der
442 Hauptwirtschaftszweig - Tourismus - ab jetzt bis 2045 massiv durch die
443 erheblichen Baumaßnahmen beeinträchtigt. Diese Leitungen schaffen ausschließlich
444 Wertschöpfung für die Vorhabenträger und die damit später versorgten Standorte
445 im Bundesgebiet. Die LDK fordert unsere Menschen in der Landesregierung und dem
446 Landtag auf, von der Bundesregierung und den Vorhabenträgern einen
447 Lastenausgleichfonds für die betroffenen Landkreise und Kommunen zu verlangen.

Begründung

Die ostfriesischen Landkreise sind gut und gerne seit mehr als 20 Jahren Vorreiter der Energiewende und versorgen sich mittlerweile klimaneutral.

Wir sind auch weiter bereit, die wirtschaftsintensiven Regionen in NRW und im Süden der Republik mit der Durchleitung der erneuerbaren Energie zu unterstützen. Allerdings zahlen unsere Bürger*innen schon jetzt mit einem höheren Netzentgelt die Kosten dafür ungerechterweise allein. Durch die notwendigen Planungen geht nun die Zukunftsfähigkeit unserer Region verloren.

Die aktuellen Leitungskorridore:

Landtrassen 2030 (zur Anbindung in den Süden: BalWin 1-3 und Lanwin 1-2; Vorhabenträger Amprion),

Windader West (nach NRW, 3 Systeme über Korridor Langeoog, Neuharlingersiel, 1 Korridor Norderney und Hilgenriedersiel; Vorhabenträger Tennet)

RheinMain Link (bisher Präferenzräume quer durch den Landkreis Wittmund; Vorhabenträger Amprion)

Weitere werden folgen. (<https://www.netzentwicklungsplan.de/projekte/projekte-im-nep-20372045-2023>)

Zu diesen Leitungskorridoren für Windenergie müssen als Belastungen noch die LNG Leitungen von Wilhelmshaven nach Etzel sowie die geplanten Wasserstoffleitungen und die Kavernen in Etzel (bisher 99 für Gas und Öl, zukünftig Wasserstoff, weitere geplant) mitgedacht werden.

Neben der Unmöglichkeit über diesen bodennah (1,5m tief) verlegten Leitungen und Rohren noch irgendetwas zu planen ist die Dauerbaustelle von jetzt bis 2045 für eine touristische Region eine massive wirtschaftliche Belastung. Ganz zu schweigen von unklaren Risiken wie die Gefährdung der Süßwasserlinse Langeoogs. Die Menschen kommen hierher wegen der Ruhe und der Natur, nicht um riesige Baustellen zu bewundern.

Mit einem solchen Lastenausgleichsfonds vergleichbar den Strukturfonds für den Ausstieg aus der Kohlekraft könnte für Einheimische und touristische Gäste Infrastruktur geschaffen werden (Nahverkehr, Gesundheitsversorgung), die aus eigenen Mitteln nicht zu leisten ist.

Unterstützer*innen

Eberhard Hoffmann (KV Wittmund); Birgit Hasselberg (KV Wittmund); Waltraud Voß (KV Friesland); Thomas Hasselberg (KV Wittmund); Jenny Bornholdt-Haack (KV Wittmund); Victor Alexander von Fintel (KV Wilhelmshaven); Annette Janßen (KV Wittmund); Fabian Kloster (KV Wittmund); Timo Lange (KV Wittmund); Karen Hohn (KV Wittmund); Doris Stehle (KV Wittmund); Martin Mammen (KV Wittmund); Lena Eisenhauer (KV Wittmund); Anne Rameil (KV Cloppenburg); Hans Hajo Janßen (KV Wittmund); Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland); Jonas Daniel Osewold (KV Friesland); Anette Kraft (KV Wittmund); Meta Janßen-Kucz (KV Leer/Ostfriesland); Jana Manthey (KV Wittmund); Susanne Menge (KV Oldenburg-Stadt)